

## Textfeld

## **FREIWIRTSCHAFT**

### **Nr. 43 – Jan/Feb 2011**

*Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche*

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

Ohne große Vorrede diesmal gleich zu den Beiträgen. Es kann sich jeder selbst ein Bild machen, wie es heuer auf der Welt zugeht.

### **Slalomfahrt in den finanziellen und wirtschaftlichen Abgrund**

*Der nachfolgende Bericht, den wir übersetzt und wegen seines Umfangs gekürzt aus der russischen website [www.iraq-war.ru](http://www.iraq-war.ru) von 28.12.2010 wiedergeben, bestätigt unseren Lesern die ausweglose finanzielle Lage der ersten Großmacht der Welt, der USA. Manche werden einwenden, daß Amerika weit weg ist, wir hätten ja eine andere Währung, den Euro. Solche Vorstellungen vergessen die internationale ("globale") Verknüpfung der Hochfinanz, d.h. der Großbanken und Finanzinstitute. In unserer Zeit und mit diesem Geldsystem, wo man in Sekundenbruchteilen Milliardenbeträge in der Welt hin- und her schieben kann, ist kein Staat vor unvermuteten Raubzügen oder Kapitalflucht sicher.*

*Aber wir lassen uns davon nicht beeindrucken, denn das Geldwesen folgt wie eine Naturkraft eigenen Gesetzen. Da diese Leute am Geldwesen nichts ändern können und wollen-ziehen sie doch ungeheure Profite aus Zinsen und Spekulationsgewinnen in ihre Privatvermögen-müssen sie auch den Weg in den Abgrund mitmachen. Mit der schrumpfenden Wirtschaft wird*

*auch die Flucht in Sachwerte sinnlos. Öffentliche Schulden sind zwar gleichzeitig das Vermögen der Gläubiger, aber beide besitzen nur bedrucktes Papier, dessen künftiger Wert allein vom bloßen Glauben daran abhängt*

**Obamas Finanzhaushalt (Budget) per 2010-12-31** [wie man in Amerika schreibt] erlaubt dem Freiwirt, die politische Zukunft der USA als Großmacht ungünstig einzuschätzen.

Obamas Haushaltplan 2010 sah Ausgaben in der Höhe von 3.94 Billionen Dollars vor, ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 32%. Die Gesamteinnahmen des Staates für 2010 betrugen aber nur 2,381 Billionen Dollars. Dies bedeutet einen Haushaltsfehlbetrag von 1,75 Billionen- etwa 12% des gesamten Sozialprodukts der Vereinigten Staaten.

1. "Verteidigungs"ausgaben beliefen sich auf 534 Milliarden Dollars, dazu kommt ein Nachtrag von 75.5 Milliarden für außerordentliche Ausgaben in 2009. "Verteidigungskosten" plus Kosten der Kriegsschauplätze im Mittleren Osten waren amtlich mit 739.5 Milliarden Dollars festgestellt. Das Gesamtvolumen der "Verteidigungs"kosten wird noch höher, auf rund 1 Billion Dollars geschätzt.

2. Zu der Bankenrettung" in Höhe von 750 Milliarden Dollars, die Obama zugesagt hatte, kommen weitere 700 Milliarden, die schon von der Bush Administration versprochen worden waren- unter dem "Gestörten Vermögen Entlastungsprogramm (TARP). Dieser Gesamtbetrag beläuft sich auf 1,45 Billionen Dollars, und ist voll vom Finanzministerium der USA zu tragen.

3. Netto-Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden belaufen sich auf 164 Milliarden Dollars für 2010.

4. Die Größe der Zuweisungen der "Öffentlichen Hand" ist niederschmetternd. Von einem "ausgeglichenen Finanzhaushalt", wie er in der Reagan-Zeit proklamiert wurde, kann schon lange keine Rede mehr sein. Die Ausgaben für "Verteidigung", Bankenrettung und Zinsen verschlingen sämtliche Einnahmen und lassen nichts für weitere Staatsausgaben übrig. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer (1,061 Billionen) reichen bei weitem nicht, die Geschenke (1,45 Billionen) an die Banken zu tragen. Die Finanzeinnahmen aus anderen Quellen (2.381 Billionen) können, wie ersichtlich, ebenfalls nicht die Ausgabenlawine aufhalten

und so bleibt ein unvorstellbares Ausgabenloch von 1,75 Billionen übrig, das durch Staatschuldscheinverpflichtungen und kurzfristige Finanzwechsel getragen werden soll. Wie und ob die ungeheure kurzfristige Verschuldung aufgenommen wird, zumal bei uninteressanten Zinssätzen, ist so völlig ungewiß wie ihre spätere Rückzahlung.

Die US-Finanzkrise hat eine lange Entwicklung hinter sich und verschärft sich alljährlich. Die ungeheuren Ausgaben, die oben aufgezählt wurden, lassen nichts für Obamas Krankenfürsorge übrig, mit der er seine Wählerstimmen köderte. Aber gerade diese ist der Drehpunkt von Obamas Präsidentschaft und seinem Rückhalt im Volk. Was auch immer er verspricht und versprochen hat, es ist dafür kein Geld vorhanden und öffentliche Ausgaben ähnlicher und anderer Art wurden bereits drastisch gekürzt.

Hinzu kommt nun der allgemeine Niedergang der US-Wirtschaft, der sich wiederum auf sinkende Staatseinnahmen auswirken muß. Arbeitslose zahlen keine Steuern, bankrotte Unternehmen ebensowenig. Inoffiziell leben in den USA etwa 20% Arbeitslose. Die Spirale des Niedergangs dreht sich daher schneller. Der finanzielle Zusammenbruch rückt schrittweise näher.

Ein Haushaltsdefizit, das weiter durch neue Verschuldung gedeckt wird, zeigt die Ausweglosigkeit der Regierung auf. Es verbessert die Wirtschaftsage nicht im Sinne einer Keyneschen Konjunkturankurbelung. Es belebt nicht Verbraucherausgaben und Investitionen. Sehen wir davon ab, daß die Regierung in den Händen der gleichen Banken ist, die ihre Politik bestimmen und entscheiden. Wörtlich: "Sie ist eine Geldverschiebung von den US-Steuerzahlern in die Tresore einer Handvoll von internationalen Finanzinstituten"

Amerika ist das höchstverschuldete Land des Erdballes geworden. Die Bundesregierung der Vereinigten Staaten hat zur Zeit eine öffentliche Schuld von 14 Billionen Dollars. Und dies ohne die übrigen immensen Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden. Dazu sind weiterhin die Schulden der US-Bürger zu rechnen, die meisten davon über Kredite und Hypotheken in Billionenhöhe an die Banken. Der Sparwille ("der wichtig ist für eine blühende Volkswirtschaft") hingegen befindet sich wegen der niedrigen Habenzinsen bereits in einer ersten Krise. Und mit der amtlichen "beinahe Null" Zinsenrate der Regierung, ist die mangelnde Aufnahme von Staatschuldscheinen ("treasury bills") beinahe vorprogrammiert. Denn wer will unter diesen Voraussetzungen noch in Staatsschulden investieren? Die beschämend geringe Zinsen sorgen von selbst für fehlendes Interesse an ihnen. Höhere Zinsen aber kann der Staat nicht bieten, weil damit das Loch in Haushalt noch viel weiter klaffen würde. Da wird die Frage wiederum akut, ob Japan und China noch weiter amerikanische internationale Schuldverpflichtungen übernehmen werden.

Wahrscheinlich führt diese Politik zur Privatisierung des Staates, und alle öffentlichen Aktivitäten wandern in Privathände. Alles, restlos alles, von Straßen, öffentlichen Toiletten bis zum Erholungspark und der Schulfibel. Die natürlich dafür abzocken, daß dem Volke die Augen herausfallen! Es kommen Zustände wie im alten Rom, und Rom ist bekanntlich an seiner Finanz-Mißwirtschaft zugrunde gegangen.

Das ganze System hängt mehr denn je von der Geldnotenbank, der "Federal Reserve" ab. Bekanntlich ist sie ein Privatinstitut, dessen Aktionäre die 12 größten Banken der USA sind.

Wir haben es hier mit einem niederträchtigen Kreislaufunternehmen zu tun. Als die Banken das Schatzamt unter Druck setzten, in einer großen Bankrettungsoperation ihnen aus der Patsche zu helfen, sorgten sie selbstredend dafür, als "Gläubiger" dem Schatzamt seinerseits aus der Defizit-Patsche zu "helfen". Am Ende blieb eben nur die sich auftürmende öffentliche Schuldenlast.

Man erkennt daraus, daß die demokratische Regierung nicht die Geldpolitik bestimmt. Sie ist auch keine Autorität in Finanzfragen. Die Banken hingegen nehmen sich heraus, über die Verwendung der geliehenen Geldbeträge zu bestimmen. In welche Richtung, ist nach dem oben festgestellten Ausgaben ersichtlich.

"Zusammengefaßt. Die Beziehungen zwischen Geldverwaltung und der Volkswirtschaft befinden sich in einer schweren Krise. Das private Geld-Bankensystem, das in das staatliche Finanzwesen eingreift, ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Der stetig zunehmende Druck von Geldnoten als Kredit aus dem Nichts bedroht den Anspruch des Dollars als Weltwährung. Der galoppierende Kursverfall des US-Dollars auf den internationalen Devisenmärkten ist ein untrügliches Zeichen, daß es mit ihm zuende gehen wird. Daran werden Billionenschiebungen der Banken von einem Konto zum anderen nichts ändern. Denn die letzte Deckung des US-Dollars liegt nicht in China oder Deutschland, sondern im arbeitenden US-Volk. Und dies sieht sich infolge vermehrter Masseneinwanderung fremder Rassen dem sozialen Chaos gegenüber, weil Banken und Regierung kein Geld, kein Mittel und keinen Willen besitzen, es wirtschaftlich zu heben zur Rettung des Staates." -gk-

#### **Zum Aufsatz "Und nun auch in Neuseeland"- in der vorigen Ausgabe ein Nachtrag**

Vorbemerkung: Dieser Aufsatz traf während der Drucklegung des vorigen Rundbriefes leider etwas zu spät ein. Er hat jedoch nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Unsere Leser werden daraus erkennen, wie vergeßlich Medien, Politiker und die Massen sein können, Unglücke und Katastrophen als Lehre zu beachten, zu erinnern und auf Abhilfe und Vorbeugung zu sinnen.

Wir denken da anders, denn Unglücke wie in Chile oder Neuseeland werden sich wiederholen, mit schrecklichen und unnötigen Opfern an Menschenleben. Es gibt keinen schlagenden Beweis, wie richtig wir die Dinge sehen und vorhersehen als die nachfolgende Abhandlung.

\*

Nachwort:

Es ist alles genau so geschehen, wie wir vor zwei Monaten voraussagten. Kurz nach Abfassung obigen Aufsatzes wurden die Rettungsversuche, ohnedies nur halbherzig betrieben, aufgegeben. Man veranstaltete eine "würdige Trauerfeier" für die verantwortungslos Geopferten. Der Premierminister Neuseelands erschien und führte das bei solchen Gelegenheiten übliche Klagegeschrei mit dicken Krokodilstränen an. Er würde eine Königliche Kommission (Royal Commission) einsetzen, um die Ursachen der Katastrophe zu ermitteln.

Königliche Kommissionen haben sich bei peinlichen Mißgeschicken der britischen Demokratie und ihrer Nutznießer bestens bewährt. Von hohen Juristen (mit besten Beziehungen zur Regierung) geführt, die sowieso die Binde der Justitia stets (für uns unsichtbar) vor Augen haben, aber von der Materie keinerlei Ahnung, ist weder für die neuseeländische Demokratie noch für die Grubenausbeutegesellschaft etwas zu befürchten. Aber die lukrativen Sitzungsgelder, Spesen, Reise- und Zeugenkosten auf Kosten der steuerzahlenden Öffentlichkeit etliche Monate hindurch sind für diese Herrschaften ein Gottesgeschenk.

Wir sind sicher, wenn der Bericht der Königlichen Kommission erstattet wird, werden wir, wie schon so oft zuvor, außer einigen warnenden Worten und erhobenem Zeigefinger keine Aussage finden, wo die wirkliche Ursache des Unglücks von Greyouth zu finden wäre.

### **Die Zukunft des EURO**

*von Henry Wilson, übersetzt aus [iraq-war.ru/](http://iraq-war.ru/) 1.1.11*

"Dem Euro bleibt nur eine eins zu fünf Chance, in seiner jetzigen Form weiter zu leben, behauptet eine Untersuchung des Center für Geschäftsforschung (CEBR).

"Zur gleichen Zeit, da die allgemeine Empörung über die sogenannte Finanzrettung von Griechenland und nun Irland wächst, stellen sogar einflußreichere Politiker die Zukunft des Euro in Frage.

"In der alljährlichen Liste von Vorhersagen, steht eine neue Krisis in der Eurozone an erster Stelle im Jahre 2011. Sie beruft sich auf die Frage der Deckung der hunderte von Milliarden neuen Schulden, die im neuen Jahr die Finanzen der EU belasten werden.

"Selbst wenn der Euro noch nicht zerbricht, so wird er doch dieses Jahr erheblich im Kurs fallen, wahrscheinlich auf par mit dem US-Dollar, meint dazu der Leiter der CEBR, Doug Williams.

"Er weist darauf hin, daß Spanien und Italien jetzt über 400 Milliarden Euro Schulden in der ersten Hälfte dieses Jahres irgendwie finanzieren müssen. Das könnte sich als undurchführbar erweisen, berücksichtigt man die Besorgnis der Investoren gerade gegenüber den südeuropäischen Ländern.

"An dieser Frage könnte der Euro zerbrechen, obwohl sich die Europolitiker oft als ziemlich einfallreich gezeigt haben, finanzielle Krisenlagen durchzustehen. Aber an dem Versagen der Regierungen, harte Sparmaßnahmen gegen ihre Völker durchzusetzen, macht sich auf die Dauer niemand Illusionen.

"Politische Spekulation über die Zukunft des Euro erreichte schon 2010 eine gewisse Höhe, nachdem bisher es darüber kaum theoretische Erwägungen gab. Das Feuer der Schuldenkrise in Griechenland erscheint als Auslöser eines noch kaum zu löschenden Brandes, der doch offenbar schon lange geschwelt hat.

"Andere CEBR-Voraussagen betreffen zunehmenden Einfluß der britischen Banken und des Pfundes, zurückgehende Verbraucherkraft und niedrigere Preissteigerungen."

Unser kurzer Kommentar zu diesem Bericht:

Die von uns vertretene Ansicht, daß ein internationales Geld wirtschaftlich nichts taugt, wie sich hier offenbart, wird langsam, sehr langsam von 'Beratern' kapitalistischer Unternehmen und Politikern eingesehen. Jedoch soll niemand hoffen, diese Leute, die die europäische Union mit einem Riesenaufwand von Begeisterungs-Propaganda, gemeinen Lügen, falschen Hoffnungen, wiederholten und gefälschten Volksabstimmungen, korrupten Parlamenten und gaunerhaft undurchsichtigen Verträgen zusammenschmiedeten was nicht zusammen gehört, nun ihr (an der Geldfrage!) sterbendes Machwerk fallen lassen.

Die finanzielle Lage der EU hängt von der Wirtschaft Deutschlands, Österreichs und der Benelux ab, in minderem Maße vielleicht auch Frankreich und England. Alle anderen sind Schmarotzer, die der EU beitraten, weil ihnen Hoffnung gemacht wurde, mittels der großen Geld-Kiste zu Brüssel in bessere Zeiten geführt zu werden. Ohne eigene Anstrengung natürlich, denn sonst hätten sie sich ja längst aus eigener Kraft Wohlstand verschafft.

Doch der Geldfluß nimmt meistens andere Bahnen als politische Deppen wollen, eben weil sie nichts von der Gesetzmäßigkeit des Geldumlaufes verstehen. Und das wird sich erst dann ändern, wenn sie vom erzürnten Volke entweder an den Laternen aufgehängt sind oder mit Schimpf und Schande davongejagt wurden.

### **China übernimmt Bauprojekte für neue Eisenbahnen in Iran** *Press TV, 02.01.2011*

"China und Iran haben die Zusammenarbeit zum Bau neuer Eisenbahnlinien in der Islamischen Republik vereinbart. Geplant sind in den näch-

sten Jahren ungefähr 5000km neue Strecken im Gesamtwert von etwa 12 Milliarden US-Dollars. Teheran und Beijing unterzeichneten im Dezember 2010 mehrere diesbezügliche Verträge, meldete die iranische Fars Nachrichten Agentur."

Deutschland war früher auf dem Weltmarkt führend in der Eisenbahn-Technologie. Schon zu Zeiten der Dampflokomotiven waren seine Exporte beträchtlich. Iran war uns ein bedeutender Handelspartner. Aber heute spielt die Politik mit- auf Kosten der deutschen Wirtschaft. Die Amerikaner wollen Iran unter bekannten lügenhaften Vorwänden politisch in die Knie zwingen, wozu sie wirtschaftliche "Sanktionen" als das geeignete Mittel zum Zweck betrachten. Erfreulicherweise reichen ihre Kräfte höchstens noch für einen Krieg gegen Nikaragua, aber nicht gegen einen aufstrebenden Staat von über 70 Millionen. Das Hündchen Merkel läuft brav an der kurzen Leine der USA, gehorsam verhindert sie die Geschäfte deutscher Kapitalisten, die immerhin doch auch dem Deutschen Volk Vorteile verschaffen würden. So dumm können nur Politiker sein!

Was geschieht? Die Kapitalisten nehmen den Umweg über China. Kapital ist international, Geldbeträge nach China zu transferieren kinderleicht. Unser Lehrmeister Silvio Gesell schrieb, "Politik ist der Fahrhabe (=Kapital) gegenüber zwecklos." Es sind also nur die deutschen Arbeiter, die von der Politik der USA bzw. ihrer untätigen Kanzlerin geschädigt werden. Statt deutsche Stahlarbeiter, Ingenieure zu beschäftigen, treten chinesische an ihre Stelle, wahrscheinlich sogar noch billiger. Die feierlich betriebenen "Sanktionen" sind spielend unterlaufen. Das Kapital macht über die mit ihnen verflochtenen Banken so oder so das große Milliarden-Geschäft.

Die obige Meldung aus Iran machte mich allerdings noch in anderer Hinsicht nachdenklich. Der Bau von 5000km neuen Eisenbahnen für 12 Milliarden Dollar steht in starkem Kontrast zur ersten "Schnellfahrstrecke" der Bundesrepublik: Würzburg-Hannover. Die ist schäbige 350km lang und kostete sage und schreibe 13 Milliarden DM. 1991 endlich eröffnet, erwies sie sich infolge der Wiedervereinigung sogleich als gigantische Fehlinvestition. Das deutsche steuerzahlende Volk hat für die Dummheit und Kurzsichtigkeit seiner Politiker leider immer bezahlen müssen. Wie immer wurde auch hier alles hübsch unter den Teppich des Vergessens gekehrt. Denn schon vor 20 Jahren gab es Gerüchte, daß Korruption bei ihrem Bau im Spiel war. Wenn man überlegt, daß die Iraner und Chinesen für etwa das gleiche Geld die zehnfache Streckenlänge in sicherlich weit schwierigerem Gelände bauen, kann man ermessen, wie kräftig bei der Plünderung der öffentlichen Kassen politisch geschoben wurde und wird. Der Tag rückt näher, an dem die Rechnung beglichen werden muß! -gk-

## **Großgeschäftsbeziehungen beruhen auf Korruption** *Finance.yahoo 05.01.2011*

"Mit 40 Milliarden Dollars jährlichem Umsatz ist Lockheed-Martin der weitaus bedeutendste Empfänger von US-Steuergeldern. Diese Firma macht ungefähr 36 Milliarden Dollars jährlich allein aus Aufträgen der Regierung. Im Jahre 2009 waren etwa 29 Mrd. Dollar militärische Kontrakte, in Dollarbeträgen 25% höher als ihre nächsten Konkurrenten Boeing und Northrop-Grumman. Was bedeutet das für den US-Steuerzahler? Jeder Haushalt der USA zahlt jährlich 260 Dollar in die Koffer von Lockheed-Martin!

Und zu welchem Zweck fließen die übrigen sieben Milliarden Dollar Regierungsaufträge in die gleichen Koffer? Fast jede Abteilung der US-Verwaltungsbürokratie hat einen oder mehrere Kontrakte mit Lockheed. Von US Büro für Statistik, der Postverwaltung, der Finanzbehörde, dem Küstenschutz- usw. alle sind direkt mit Lockheed verwickelt.

Dabei sind aus den Geschäften seit Jahren beträchtliche Kostenüberschreitungen bekannt, die Vergangenheit ist angehäuft mit Korruptionsskandalen. Es ist eine beschämende Tatsache, daß Lockheed-Martin die erste Gesellschaft überhaupt war, die bereits 1970 von der US-Regierung finanziell aus dem Zusammenbruch gerettet wurde.

Im Jahre 2009 spendete Lockheed rund 15 Millionen den politischen Parteien und Lobbyisten. "

*Unsere Meinung:* Von nichts kommt nichts, zum kapitalistischen System gehört nun einmal Korruption, Rüstung, Krieg, ebenso Ausbeutung, Propaganda, Lügen, Täuschung, aber auch Verfall, Dekadenz, Demoralisierung, Vernechtung. Die Geldfrage greift viel umfassender in unser persönliches und öffentlichen Leben als sogar manche unserer Freunde sich vorstellen können.

Es gibt kaum etwas, das sich nicht ändern, anders gesehen, gehalten wird mit dem Tage, da Freigeld und Freiland in unserem Land eingeführt sind. -gk-

## **TERMINE**

Am **12. März 2011** findet der erste Macht Geld Sinn-Kongress statt. Der Freiwirtschaftsbund ist Mitveranstalter. Mehr unter [www.macht-geld-sinn.de](http://www.macht-geld-sinn.de)

\*

Jahresmitgliederversammlung 2011 wird am **14. Mai in Kassel** stattfinden. Unser Rundbrief-Autor Georg Kausch wird zu diesem Anlass einen Vortrag halten. Die Mitglieder werden nochmals gesondert eingeladen. Interessenten melden sich bitte per email [info@freiwirte.de](mailto:info@freiwirte.de) oder telefonisch zu dieser Versammlung an. Telefon 02602 180 150